

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02

stadtrat@thun.ch, www.thun.ch



Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 11/2013 vom 13. Dezember 2013, 17:00 Uhr, Rathaus

Anwesend**Stadtrat**

Vorsitz: Stadtratspräsident Peter Aegerter
Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Heidi Anderes,
Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Michael
Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst, Konrad Hädener,
Thomas Hiltbold, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Alice Kropf
Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Manfred Locher, Thomas
Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto
Schertenleib, Claude Schlapbach, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz
Schürch, Simon Schweizer, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini,
Simon Werren (bis Traktandum 4), Matthias Wiedmer

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth und
Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler

Sekretariat

Stadtratssekretär Remo Berlinger
Protokollantin Dominique Kröpfl

Entschuldigt

Stadratsmitglieder Carlo Schlatter und Lukas Lanzrein

Schluss der Sitzung

20:00 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

74. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21. November 2013

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

75. Rechtsetzung; Städtische Pensionskasse Thun

Anpassung der Organisation und der Erlasse aufgrund der BVG-Strukturreform

Bericht des Gemeinderates Nr. 24/2013

Stadtpräsident Raphael Lanz erklärt, dass es bei diesem Geschäft um den zweiten Teil der Revision des Pensionskassenreglements geht. Im letzten Jahr wurde der finanzielle Teil, jetzt wird der strukturelle Teil, der weitgehend vom übergeordneten Recht vorgegeben ist, revidiert.

Es ist ein gutes Beispiel das zeigt, wie Politik funktionieren sollte. Bei den Pensionskassen und Sozialversicherungen ist es wichtig, rechtzeitig zu handeln. Seit längerer Zeit besteht bei der Pensionskasse das System des Beitragsprimates und die Finanzierung funktioniert mit einer soliden Basis. Auch in Zukunft wird in Thun eine solide Pensionskasse angestrebt. Das bedingt möglicherweise laufende Unterhaltsarbeiten und rechtzeitiges Handeln, damit Probleme, wie sie in anderen Gemeinwesen vorliegen, nicht unlösbar gross werden. Er macht auf eine Änderung der Vorlage aufmerksam: In Artikel 28, Absatz 2 ist das Wort "je" gestrichen. Diese Änderung ist auf Grund der Diskussion mit der zuständigen Sachkommission zustande gekommen. Am Inhalt wird ansonsten nichts geändert.

Martin Allemann, **SAKO P+F**, erwähnt die Komplexität des Geschäftes. Es ist um einiges einfacher, über ein Taxireglement zu diskutieren, als über das Pensionskassenreglement. Über das Pensionskassenreglement wurde eingehend diskutiert und es konnten Fragen an die Experten gestellt werden. Er weist auf die kleine Präzisierung im Artikel 28, Abs. 2 mit dem Wort "je" hin. Die SAKO P+F stimmt der Vorlage einstimmig zu und empfiehlt die Vorlage anzunehmen.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, nimmt die Vorlage unbestritten an. Der Deckungsgrad der Pensionskasse verbessert sich laufend, auch dank dem dritten Beitragszahler. Die Pensionskasse ist ausgewogen, das ist sehr erfreulich. Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Für Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, gibt es in der vorliegenden Vorlage keine Überraschungen. Bereits letztes Jahr, im Rahmen der ersten Revisionen, war klar, dass in einem weiteren Schritt Revisionen und Anpassungen an das Bundesrecht nötig sein werden. Bemerkenswert ist die fristgerechte Durchführung der Revision bis am 01. Januar 2014. Der Gemeinderat hat auf der Baustelle Pensionskasse kein Gras wachsen lassen. Das Geschäft ist zügig und gut vorbereitet worden. Die Vorgeschlagene Rechtsform und eine Steuerung über die Beiträge werden als richtig angesehen. Eine Vollkapitalisierung ist anzustreben und erreichbar. Die Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Sandra Ryser-Liebi, **SVP-Fraktion**, erwähnt die Diskussion mit der Expertin Frau Paulon. Sie konnte alle Fragen sehr kompetent beantworten. Sie lobt den gut umgesetzten Zeitplan des Geschäftes. Die Situation in Thun ist mit einem Deckungsgrad von bereits 95.5% sehr gut. Eine Vollkapitalisierung ist somit in Reichweite. Die Fraktion stimmt dem Antrag in allen drei Punkten zu.

Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, erwähnt die Prüfung und die Diskussion der Teilrevision des Pensionskassenreglements innerhalb der Fraktion und mit Vertretern der Pensionskasse. Die Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu und folgt dem Vorschlag des Gemeinderates. Der Gestaltungsspielraum ist nicht gross, die geplanten Umsetzungen müssen erfolgen. Die Bestrebung, den minimalen Unterdeckungsgrad von 5% zu kompensieren, wird sehr begrüsst und unterstützt. Im September 2012 wurde die Teilrevision des Pensionskassenreglements angenommen. Der Gemeinderat hat zu diesem Zeitpunkt eine sehr gründliche und nachhaltige Anpassung zugesichert. Positiv erwähnt er die Vernehmlassung mit den di-

rekt Betroffenen Mitte 2013. Er interessiert sich über die disparitäre Zusammensetzung und wünscht sich mehr Informationen dazu. Das Altersheim "Wohnen im Alter" macht den grössten, nicht zur Stadt gehörenden Anteil von rund 215 Versicherten und 70 Rentnern aus. Er stellt dem Gemeinderat die Frage, ob es in dieser Situation nur ein Vertreter der Arbeitnehmerschaft braucht oder wie die Situation in Zukunft geregelt wird.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, unterstützt die Vorlage. Es ist eine sachgerechte Vorlage, nachdem die ersten Teilschritte bereits im letzten Jahr beschlossen wurden. Auf seinen Antrag hin ist das Wort "je" in Artikel 28, Abs. 2 gestrichen worden. Es ist eine Sache des Vertrauens, denn es ist eine sehr komplexe Materie, die nicht in jedem Teil vollumfänglich verstanden werden kann. Das Vertrauen wird den entsprechenden Experten, der Verwaltung und dem Stadtpräsidenten geschenkt. Sie konnten die Sachlage verständlich darlegen und alle Fragen beantworten. Die Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, bedankt sich beim Gemeinderat und allen Beteiligten für das gut ausgearbeitete Reglement. Die Fraktion stimmt der Vorlage des Gemeinderates einstimmig zu.

Stadtpräsident Raphael Lanz bedankt sich für die anerkennenden Worte. Er gibt die Anerkennung an die Thuner Politik, die rechtzeitig gehandelt hat und an die Pensionskassenkommission, die in einem sehr konstruktiven Klima die Pensionskasse führt, weiter. Der Geschäftsführer der WIA (Wohnen im Alter), Stephan Friedli, ist als Arbeitgebervertreter, Mitglied in der Pensionskassenkommission. Zwei Gemeinderäte sind ebenfalls Mitglied. Herr Friedli und Daniel Wegmüller, Finanzverwalter, vertreten die Arbeitgeberseite, dazu wird die Arbeitnehmerseite von vier weiteren Personen vertreten. Aus der Sicht des Gemeinderates wird die WIA somit gut vertreten und die nötigen Vereinbarungen sind abgeschlossen worden. Das vorgelegte Tempo ist nur dank der sachorientierten und konstruktiven Arbeit in der Pensionskassenkommission möglich. Fragen werden ausdiskutiert und es wird nach sachorientierten Lösungen gesucht. In den meisten Fällen sind die Entscheide einstimmig gefällt worden. Er bedankt sich für die gute Aufnahme des Geschäftes.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden:

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 lit. a der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. November 2013, beschliesst:

1. Das Personalvorsorgereglement (PVR) wird genehmigt.
2. Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 27 der Stadtverfassung.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

76. Rechtsetzung; Reglement Überkommunaler Förderfonds Energie

Genehmigung Reglement Überkommunaler Förderfonds Energie (RÜFE)

Bericht des Gemeinderates Nr. 22/2013

Gemeinderätin Marianne Dumermuth weist darauf hin, dass die Gemeinden Steffisburg, Uetendorf und Heimberg seit dem 1. Oktober einen kantonal genehmigten Energierichtplan haben. Der Energierichtplan ist behördenverbindlich. In den vom Stadtrat genehmigten Legislaturzielen wird der Förderfonds ebenfalls erwähnt. Der Förderfonds ist die erste und zentrale Massnahme zur Umsetzung und Zielerreichung des Energierichtplanes. Das Ziel ist es, Wege aufzuzeigen, wie der Energierichtplan in Zukunft umgesetzt werden kann. Neben den inhaltlichen Aspekten ist es ein sehr wichtiges und zentrales regionalpolitisches Signal für die Agglomerationen. Drei Gemeinden haben den Förderfonds souverän angenommen: Uetendorf mit 50 zu 10 Stimmen, Steffisburg mit 23 zu 7 Stimmen. Die Zusammenarbeit in der Agglomeration ist ein sehr gutes Beispiel, wie jetzt und in Zukunft die regionale Zusammenarbeit funktionieren kann und sollte.

Dem Förderfonds liegt ein sehr langer Prozess zugrunde. Sie erwähnt an dieser Stelle weitere Geschäfte wie das Postulat für LED-Lampen. Zu diesem Zeitpunkt wurde auf den Überkommunalen Förderfonds Energie verwiesen, der jetzt vorliegt. Der Fonds wurde mit breit abgestützten Arbeitsgruppen der EVU's erarbeitet. Die Ziele des Fonds sind Energiesparen, Energieeffizienz, Förderung von erneuerbaren Energien und Reduktion des CO²- Ausstosses. Kritik wurde bezüglich der zum Teil noch unklaren Inhalte der Förderprogramme geäussert. Sie sichert an dieser Stelle einen Platz für die Wirtschaft in der Fondskommission zu. Der Förderfonds funktioniert nicht nach dem Giesskannenprinzip. Das Ziel ist es, Lücken bei den Förderprogrammen von Kanton und Bund zu schliessen. Gesucht wird nach Leuchtturmprojekten in der Region. Leuchtturmprojekte sind beispielsweise die Nutzung der Fernwärme der KVA oder Sanierungen bei Heizungen durch eine Umwandlung in Energieträger, die im Richtplan enthalten sind. Die Bedenken der Wirtschaft sind bekannt. Das ist jedoch ein einseitiger Blickwinkel. Andere Städte zeigen, dass Leuchtturmprojekte den An Schub für weitere Projekte leisten können. In Luzern haben die eingesetzten 5 Mio. Franken in Energieförderungen einen weiteren Betrag von 42 Mio. Franken ausgelöst. Es besteht ein Arealnetz des Bundes, welches zur Zeit nicht im Förderfonds mit eingeschlossen ist. Der Gemeinderat hat in Zusammenhang mit der Umnutzung des Bundesareals den Wunsch, die Abgaben im Rahmen des Förderfonds auch für dieses Areal geltend zu machen. Für die Administration werden jährlich 3 bis 5% des Budgets eingesetzt. Angegliedert wird diese bei der Energie Thun AG, in der Abteilung für Energieberatung. Aus diesem Grund muss kein weiteres Personal ausgebildet werden. Die Ausgaben für die Administration werden bewusst tief gehalten. Mit dem Förderfonds ordnet sich die Stadt Thun zu weiteren Schweizerstädten wie Luzern, Bern, St. Gallen und Zürich, die seit längerer Zeit mit ähnlichen Instrumenten arbeiten, hinzu. In diesen Städten gibt es keinen Widerstand bezüglich des Förderfonds. Sie betont, dass im Gegenteil vielseitig vom Förderfonds profitiert werden kann. Zusätzlich besteht eine Energiestrategie 2050 des Bundes, ein vom Bundesamt für Energie mitfinanziertes Programm "Energie Schweiz" für Gemeinden und eine Energiestrategie des Kantons Berns, wie auch ein revidiertes Energiegesetz. Der Bund sieht die Städte als sehr wichtige Partner bei der Umsetzung der Energiewende. Gefördert wird eine dezentrale Energieversorgung. Der Bund nennt folgende Kernbereiche für Gemeinden: Energieplanung, Vollzug, Vorbildfunktion, Information, Beratung, Energiestadt, Energieförderung etc.. Bei einer Zustimmung zum Überkommunalen Förderfonds Energie kann sich die Stadt Thun in eine zukunftsorientierte und innovative Energiepolitik einordnen.

Alain Kleiner, **SAKO StE**, bestätigt die Wichtigkeit von erneuerbaren Energien und der Optimierung des Energieverbrauches. Ebenso wichtig ist dabei die Umsetzung. In den Arbeitsgruppen sind Vertreter aus den Gemeinden und der Energieerzeuger. Die Interessen der Verbraucher können nur die Ratsmitglieder wahrnehmen, da sie von den Verbrauchern gewählt worden sind. In der SAKO sind gegenüber dem Reglement Vorbehalte vorhanden. Das Projekt ist zu wenig ausgereift, vieles ist nur angedacht aber nicht konkret, dabei werden 40% der Ausgaben für Leuchtturmprojekte eingeplant. Die Erhebung der Gebühren ist in den angeschlossenen Gemeinden unterschiedlich. Dadurch entsteht die Gefahr einer Wettbewerbsverzerrung. Negativ ist, dass die Verbraucher auf dem Bundesareal bei den Abgaben und somit im Fonds nicht enthalten sind. Die SAKO Stadtentwicklung empfiehlt das Reglement Überkommunaler Förderfonds Energie mit 4 zu 2 Stimmen und 1 Abwesenheit, abzulehnen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, stimmt dem Überkommunalen Energiefonds zu. Der Energiefonds ist ein wichtiges und gutes Element für die Energiewende. Die administrativen Kosten liegen in einem tragbaren Rahmen und das regionale Gewerbe kann durch die Wertschöpfung des Fonds profitieren. Neben der energiepolitischen gibt es auch eine regionalpolitische Bedeutung.

Die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden ist beispielsweise in der Verkehrsplanung und bei der Standortwahl von Firmen und der Generierung von Arbeitsplätzen für die Stadt Thun sehr wichtig. Aus diesem Grund haben sich die vier Gemeinden dazu entschieden einen regionalen Richtplan und einen regionalen Förderfonds zu erarbeiten. Die regionale Zusammenarbeit ist eine sehr grosse Herausforderung, da alle beteiligten Gemeinden zustimmen müssen. Aus diesem Grund sind Verzögerungen nicht erstaunlich. Er zitiert an dieser Stelle Gemeinderat Beat Schertenleib (EDU) aus Heimberg bezüglich des Überkommunalen Richtplan. Er bestätigt, dass der Überkommunale Richtplan nicht nur ein Zukunft gerichtetes Führungsinstrument, sondern auch ein starkes Zeichen für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Region ist. Stadtrat Schori äussert ein gewisses Verständnis für eine allfällige Rückweisung des Geschäftes, auf Grund von gewünschten Anpassungen oder wegen einer Forderung einer wirtschaftlichen Vernehmlassung. Dieser Prozess wird jedoch keine Änderungen bringen. Es gehört zu überkommunalen Verhandlungen, dass nach langen Prozessen und Verhandlungen, Entscheidungen

gefällt werden müssen, auch wenn kleine Anpassungen und Verbesserungen noch möglich wären. Er zeigt aber kein Verständnis gegenüber Ratskolleginnen und Ratskollegen, die den Energieförderfonds ablehnen. Es gab mehrere Gelegenheiten, Kritik gegenüber dem Förderungsfonds anzubringen, die aber nicht genutzt worden sind. Es sind im Gegenteil Anregungen im Rat bezüglich des Fonds geäussert worden. Er weist auf Geschäfte in der Vergangenheit hin. Er erwähnt die einstimmige Zustimmung zum Postulat vom 5. November 2009 zur Lancierung eines Projektes zur Förderung von erneuerbaren Energien. Am 25. Oktober 2012 gab es einen Vorstoss, der eine KEV Überbrückung für erneuerbare Stromproduktion in Thun forderte. Er zitiert an dieser Stelle das Protokoll der entsprechenden Ratssitzung. Auch die SVP hat zu diesem Zeitpunkt einen regionalen anstelle eines städtischen Energiefonds bevorzugt. Am 24. Oktober 2013 ist im Rat das Postulat zum Thema LED Lampen diskutiert worden. Im Gemeinderatsbericht ist festgehalten, dass der regionale Energierichtplan ein Förderprogramm enthält und die Einführung eines Förderfonds geprüft wird. Während der Stadtratssitzung wurde über LED Lampen diskutiert. Kritik gegenüber einem Förderfonds ist jedoch nur von der SVP-Fraktion geäussert worden. Der Rat hat dieses Postulat mit 19 zu 18 Stimmen überwiesen. Er stellt sich glaubwürdige und konstruktive Politik anders vor. Alle Beteiligten, die bei der Entwicklung des Energiefonds mitgearbeitet haben, sehen Elemente, die in den nächsten Jahren präzisiert und verbessert werden können. Die Stadt verliert bei einer Ablehnung oder Zurückweisung des Energiefonds bei den umliegenden Gemeinden den guten Ruf. Es besteht die Gefahr, dass dadurch nie ein regionaler Förderfonds zustande kommen wird. Er appelliert an alle Ratsmitglieder, die konstruktive und regionale Zusammenarbeit unterstützen und den Energieförderfonds anzunehmen.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass erneuerbare Energien und Energieeffizienz absolut förderungswürdig sind. Es ist die richtige Richtung, die eingeschlagen wird. Die FDP-Fraktion wehrt sich aber an dieser Stelle gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden der Thuner KMU und IGT gegen das Projekt. Sie vermisst das Innovative im Überkommunalen Energieförderfonds. Es läuft alles nach guten alten Manieren. Ein Topf wird mit Geld gefüllt und anschliessend wieder verteilt. Dieses Verfahren hat beispielsweise bei sozialen Einrichtungen durchaus seine Berechtigung. Die FDP-Fraktion lehnt die zusätzlichen Abgaben ab. Im Rahmen des Energieförderfonds müssen alle Kunden eine Mehrabgabe von 0.7 Rappen pro Kilowattstunden für die Alimentierung des Fonds bezahlen. Das löst teilweise erhebliche Kosten aus. Daraus ergeben sich jährliche Mehrkosten von 34 Franken für eine vierköpfige Familie oder 8 Franken pro Person. Das sind Mehrkosten für einen Fonds, von dem nicht alle profitieren können, da die Mittel fehlen für beispielsweise eine Wärmepumpe oder eine Solaranlage. Hausbesitzer, die bereits saniert haben und Ökostrom verwenden, müssen ebenfalls die Mehrabgaben leisten. Mit dem Fonds werden die Thuner Stromkosten um Rund 3.2% erhöht. 15 bis 20 Firmen in Thun haben einen intensiven Energieverbrauch. Für diese Firmen würde sich eine zusätzliche Abgabe von rund 5000 Franken ergeben, für kleinere Firmen liegt der Betrag bei ca. 250 Franken. Thun ist bereits jetzt eine strukturschwache Region. Firmen ausserhalb des Förderfonds können billigeren BKW Strom beziehen und haben somit Vorteile im Wettbewerb. Sie befürchtet zudem einen sehr grossen Verwaltungsaufwand zur Prüfung der Gesuche, Verteilung des Geldes und für die Kontrolle. Sie würde es begrüssen, wenn Unternehmen, die erneuerbare Energien wie Photovoltaik oder Wärmeenergie nutzen, Steuerabzüge machen könnten. Sie möchte Anreize, nicht Abreize, für neue Unternehmen schaffen. Die FDP-Fraktion lehnt den Überkommunalen Förderfonds Energie ab.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, findet es schade, dass bei einigen Ratsmitgliedern die Meinung bereits vor der Sitzung fest gelegt ist und die Diskussion im Rat nicht abgewartet wird. Er weist auf das starke Lobbying von Wirtschaftskreisen hin. Es gibt aber auch eine Wirtschaft, welche die Notwendigkeit und Chancen einer Energiewende sieht. Im vorliegenden Geschäft hat die Fraktion der Mitte eine geteilte Meinung. Das Energiethema ist für einige Fraktionsmitglieder sehr wichtig. Es kann nicht wie bisher weitergefahren werden. Es gibt gutes und eigenmotiviertes Engagement. Die Frage stellt sich aber, ob das ausreichend ist. Lenkungsabgaben, wie sie im Förderfonds enthalten sind, sind notwendig. Die drei Partnergemeinden haben dem Reglement in einem ordentlichen politischen Prozess zugestimmt. Das ist ein starkes Zeichen für die regionale Zusammenarbeit. Die Energiewende macht an Gemeindegrenzen keinen Halt. Der Effort der Agglomerationsgemeinden sollte nicht von der Ablehnung der Stadträte in Thun abhängig sein. Ein Teil der Fraktion stimmt dem neuen Reglement zu. Die Fraktion hat aber dennoch gewisse Vorbehalte dem Reglement gegenüber. Die Idee einer Rückweisung hat die Fraktion verworfen, möchte dem Gemeinderat aber einige Hinweise für mögliche Korrekturen geben. Er erwähnt das Bundesareal, das nicht im Energiefonds enthalten ist und die Sonderregelung für den Fonds in Uetendorf,

Der Fonds enthält unterschiedliche Blöcke zur Förderung, beispielsweise Leuchtturmprojekte, die etwas unklar formuliert sind. Störend ist, dass vorwiegend normale Projekte gefördert werden. Es ist unklar in welche Richtung sich der Fonds bewegen sollte. Er fordert den Gemeinderat auf, die Kriterien für die Wahl von Projekten zu präzisieren. Die Möglichkeit besteht, beispielsweise auch Nischenprojekte in der Region zu fördern, wie zum Beispiel die Unterstützung von Startup Unternehmen. Er versteht die Reaktionen aus der Wirtschaft teilweise, da es ein deutlicher Eingriff ist. KMU's und Verbände müssen Verantwortung tragen und eine Zusammenarbeit ist notwendig, damit gemeinsam die Energiewende erreicht werden kann. Er weist auf bereits interessante Projekte in Thun hin, wie beispielsweise das Nullenergie-Haus im Seefeldquartier. Die Fraktion der Mitte wird zu gewissen Teilen dem Reglement zustimmen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, zitiert Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) bezüglich der Verhandlungen in der Klimapolitik. Die Stadt Thun muss in dieser Situation Farbe bekennen und grünes Licht für ein überkommunales Projekt geben. Eine Ablehnung ist möglich, ist aber in dieser Situation nicht konsequent und glaubhaft. Das vorliegende Reglement ist die konsequente Weiterentwicklung der Aufträge des Stadtrates. Im Jahr 2007 ist ein Legislaturziel Spezialfinanzierung Energiemassnahmen und Reduktion der Treibhausgase mit 26 zu 7 Stimmen überwiesen worden. Die SVP-Fraktion hat im selben Jahr ein Postulat betreffend Förderung und Unterstützung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energie bei Heizungssanierungen durch die Stadt Thun und die Energie Thun AG eingereicht. Der Gemeinderat hat zugesichert, dass Mittel für Massnahmen im Bereich Energieeffizienz und Förderung von erneuerbaren Energieträgern bereitgestellt werden. Dem Postulat wurde einstimmig zugestimmt. Er erwähnt ein weiteres Postulat im 2009 betreffend Lancierung eines Projektes zur Förderung von erneuerbaren Energien. André Wittenbach (SVP) war der Meinung, dass das Postulat in die richtige Richtung gehe und Anreize geschaffen werden müssten. Auch dieses Postulat wurde einstimmig überwiesen. Im Oktober 2013 wurde das Postulat zur Förderung von LED Lampen überwiesen. Es braucht Mittel die zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt sind 5 Vorstösse gemacht worden. Der Gemeinderat will ganz klar eine Förderung der Effizienzsteigerung. Nach sechseinhalb Jahren liegt der Überkommunale Richtplan Energie vor und die drei weiteren Gemeinden stimmten dem Reglement zu. In Steffisburg ist das Reglement mit 23 zu 7 Stimmen angenommen worden. Er zitiert an dieser Stelle unterstützende Voten aus dem GGR von Steffisburg. Thomas Schweizer (EDU) hat darauf aufmerksam gemacht, dass der Energiefonds regional abgestützt und eine grosse Wertschöpfung in der Region auslösen wird. Werner Marti (SVP) betont den Atomausstieg der Schweiz und die nötigen Anstrengungen und gezielten Forderungen, die notwendig dazu sind. Einflussreiche Verbände haben sich vereinzelt und zielgerichtet an Ratsmitglieder gewendet, mit dem Ziel das Projekt abzulehnen. Die Fraktion unterstützt dieses Vorgehen nicht und wird dem Förderfonds zustimmen.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, spricht gegen den Energiefonds. Er hat grundsätzlich keine Abneigung gegenüber erneuerbaren Energien oder gegen Anreize. Der Ansatz sollte aber in einer anderen Form, beispielsweise im Rahmen von Steuerabzügen, gewählt werden. Das Giesskannenprinzip wird nicht gutgeheissen. Eine flächendeckende Gebühr für Stromkunden wird abgelehnt. Dadurch entstehen eine Wettbewerbsverzerrung und Ungerechtigkeiten. Der administrative Aufwand ist unverhältnismässig hoch für eine überkommunale Energieform. Die Energiewende kann nicht alleine in diesen Gemeinden erreicht werden. Der Bund diskutiert die Einführung von ähnlichen Instrumenten. Dieser Fonds wird somit in Frage gestellt und die Rechtmässigkeit könnte somit gefährdet sein.

Er empfindet die Argumentation des Gemeinderates mit dem Label Energiestadt Thun als störend. Die Wertschöpfung durch den Energiefonds ist nur eine Mutmassung und keine Zusicherung. Er ist der persönlichen Meinung, dass die Mieterschaft benachteiligt wird. Mieter müssen die zusätzlichen Gebühren bezahlen, können aber vom Förderfonds nicht profitieren. Wichtig sind Informationen zum Thema Energiesparen und dazu braucht es keinen Förderfonds.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass der Fonds über eine Förderabgabe von 0.7 Rappen pro Kilowattstunde finanziert wird. Es würde aber auch andere Finanzierungsmöglichkeiten geben. Trotz der Unterzeichnung des Berner Energieabkommens, besteht kein Zwang für die Einführung eines Energieprogrammes. Der Förderfonds Energie könnte auch eine Chance für die lokale Wirtschaft sein. Es sind Gelder, die in die lokale Wirtschaft fliessen. Die Fraktion lehnt nicht grundsätzlich einen Energiefonds ab. Sie ist aber mit dem vorliegenden Konstrukt nicht einverstanden. Sämtliche Wirtschaftsverbände in der Region Thun lehnen Förderabgaben ab. Die Abgrenzung zu Förderungen von Bund und Kanton ist nicht klar genug. Die Vorteile der kommunalen Förderung sind nicht ersichtlich. Vorteile und die konkre-

ten Nutzen auf der kommunalen Ebene müssten klar aufgezeigt werden. Er kritisiert die hohen Betriebs- und Verwaltungskosten von 3 bis 5%. Bei Fördermittel von 2 Mio. Franken belaufen sich die Kosten auf 60'000 bis 100'000 Franken. Die BDP-Fraktion sagt Nein zum Überkommunalen Förderfonds Energie.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, sieht eine Parallelorganisation, die hier auf die Beine gestellt wird. Parallel dazu laufen die Entscheidungen von Bund und Kanton, die Lokal nochmals betrachtet und entschieden werden müssen. Dadurch entsteht eine Willkür. Er verweist auf einen Artikel im Thuner Tagblatt: "Wasserkraft lohnt sich nicht". Im Bericht steht, dass 24 von 25 Projekten nicht rentabel seien. Der Vizedirektor des Bundesamtes für Energie schreibt dazu, dass in erster Linie die staatliche Förderung von erneuerbaren Energien wie Wind- und Sonnenstrom Schuld daran hätten. Stadtrat Locher empfiehlt aus diesem Grund die Entwicklung in der Energiepolitik abzuwarten.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, stört sich an Hinweisen darüber, dass Familien und Mieter nicht vom Förderfonds profitieren können. Es ist nicht das Ziel, dass alle Beteiligten Gelder erhalten. Es geht darum Ziele und Projekte zu erreichen und zu realisieren. Es geht um die Reduktion des Energieverbrauches, um eine Reduktion der Abgase und Emissionen. Dazu braucht es eine Lenkung und Anregungen. 30% des Verbrauches müssen eingespart werden, damit die Ziele vom Bund im Jahr 2050 erreicht werden können. Der Förderfonds ist ein erster Schritt dazu. Personen, die bereits eine Anlage besitzen, haben die Möglichkeit, den Strom selbst zu nutzen, anstatt für viel Geld zu verkaufen und billigen Atomstrom zu konsumieren. Es geht nicht in erster Linie um das verteilte Geld. Es geht darum, Ziele in der Umwelt- und Energiepolitik zu erreichen.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, äussert sich bezüglich der erwähnten Geschäfte in der Vergangenheit. Die SVP-Fraktion hat im Grundsatz den erwähnten Projekten zugestimmt. Bezüglich der Finanzierung hat sich die Fraktion aber immer kritisch geäussert. Die Legislaturziele wurden unterstützt, falls die Finanzierung nicht durch Abgaben geregelt wird. Sie hat sich immer für innovative Finanzierung und nicht für Abgaben eingesetzt. Es braucht kreative Lösungen, die die Wirtschaft nicht einseitig betrifft. Die Gemeinden sind auch nicht immer gegenüber der Stadt Thun solidarisch. Aus diesem Grund besteht kein Druck, dem Reglement auf Grund von Solidarität zuzustimmen. Bei einem Nein zum Förderfonds, wird nicht die Energiewende 2050 verhindert. Es gibt bereits viele Fördergelder von Bund und Kanton.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, hat sich dafür eingesetzt, dass die Debatte abgewartet wird und nicht bereits vor der Sitzung Meinungen in den Fraktionen gefasst werden. Im selben Zug ist er aber auch dagegen, dass versucht wird, ihm ein schlechtes Gewissen bei einer Ablehnung des Reglements zu machen. Dieses Geschäft steht zum ersten Mal in dieser Ausprägung auf der Traktandenliste. Er hatte keinen Einfluss auf die Art und Weise, wie das Geschäft in den Rat gebracht wurde und in die beschlusskompetenten Organe der umliegenden Gemeinden. Die Ablehnung des Förderfonds gefährdet den Überkommunalen Richtplan in keiner Art und Weise. Die aktuelle Energiepolitik in der Schweiz mit der geplanten Energiewende 2050 ist sehr widersprüchlich. Das Bundesamt für Energie hat gestern einen Bericht publiziert. Erwähnt wird darin auch die Wasserkraft, die 60% der Stromerzeugung in der Schweiz ausmacht. Wasserkraft ist eine erneuerbare, bewährte, CO²-freie und ausbaubare Energieform. Ausbauprojekte werden auf Grund der fehlenden Wirtschaftlichkeit zurzeit nicht realisiert. Grund dafür sind rahmenpolitische Fehlanreize im grossen Stil. Das Bundesamt für Energie erklärt, dass subventionierte erneuerbare Energien konventionelle Kraftwerke und nicht subventionierte erneuerbare Energien aus dem Markt verdrängen. Demnach ist die aktuelle Energiepolitik zurzeit sehr widersprüchlich. Mit umweltmotivierten Förderprogrammen und Fehlanreizen werden ökologisch nachhaltige und erneuerbare Energieformen wie die Wasserkraft verdrängt. Aus diesem Grund müssen auf kommunaler und überkommunaler Ebene die Fehlanreize beseitigt werden und nicht noch neue geschaffen werden. Der vorgeschlagene Förderfonds bringt genau solche Widersprüche. Wenn beispielsweise die Firma Energie Thun AG Strom aus Wasserkraft einkauft, wird sie zusätzlich mit einer Lenkungsabgabe bestraft. Mit genau solchen Fehlkonstruktionen werden bewährte, ökologische und erneuerbare Energieformen wie die Wasserkraft gefährdet. Er sagt Nein zu weiteren Fehlkonstruktionen und somit Nein zum Überkommunalen Förderfonds Energie. Die Wirtschaft und Haushalte sind nicht auf den Förderfonds angewiesen. Es braucht keine öffentlich eingetriebenen Gelder für Leuchtturmprojekte. Es braucht eine aktivere Information der Öffentlichkeit über bereits laufende und realisierte Leuchtturmprojekte, Privat-Finanzierungen und kantonale Förderfonds.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, erwähnt die Wichtigkeit von neuen Innovationen und Ideen. Nach einem sechseinhalbjährigen Prozess, mit dem sich auch viele bürgerliche Politiker befasst haben, ist ein neues Projekt auf die Beine gestellt worden. Der Förderfonds ist in einem bürgerlich politischen Umfeld entstanden. Er zeigt kein Verständnis, dass nach einem sechseinhalbjährigen Prozess der einzige Kommentar dazu geäussert wird, dass die Innovationen im Projekt fehlen. Er fragt nach den innovativen Vorschlägen, die im Rat nie geäussert wurden. Er bedauert es und versteht nicht, dass die Aufgabe an den Kanton und Bund abgeschoben werden soll und jede Gemeinde für sich alleine ein Projekt lancieren sollte. Die Stadt hat eine gewisse Vorbild-Funktion. Es ist ein trauriges Zeichen, wenn sich die Stadt in dieser Situation aus der Verantwortung zieht. Er spricht die Unterstützung von Ratsmitgliedern durch gewisse Verbände bei den nächsten Wahlen, bei einer Ablehnung des Geschäftes, an und kritisiert diesen Umstand.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, wendet sich an Stadtrat Manfred Locher (FdM). Vor 25 Jahren glaubte man, dass die Photovoltaik nie funktionieren würde. Vor 10 Jahren waren Technologien wie Photovoltaik und Windenergie viel zu teuer für einen Einsatz in der Wirtschaft. Die Zitate von Stadtrat Locher bezüglich der Wasserkraft sind eigentlich erfreulich. Die Wasserkraft sollte natürlich auch in Zukunft genutzt und gefördert werden. Genau aus diesem Grund werden im Förderfonds keine Details festgehalten, was unterstützt wird. Somit kann sich die Kommission in der Wahl der Projekte der Entwicklung der Technik anpassen und auf die gegebenen Situationen eingehen. Die Kriterien können auf Grund der Entwicklung in der Energietechnologie und Energiepolitik angelegt und für die Region Thun abgestimmt werden. Er vertraut darauf, dass die Kommission diese Entscheide fällen kann.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, befürwortet den Förderfonds. Der KMU-Verband setzt sich am heftigsten gegen den Förderfonds ein. Das Modell ist bereits aus anderen Städten bekannt. Die Förderungen lösen Investitionen im Rahmen von Faktor 6 bis 8 aus. Mit den 1.2 Mio. Franken würde somit in Thun ein Betrag von 12 bis 16 Mio. Franken für die vier Gemeinden ausgelöst werden. Die Verteilung ist nur in der Region und somit für die lokalen KMU's möglich. Die Frage stellt sich, weshalb die KMU's gegen den Förderfonds sind. Stadträtin Christine Buchs (FDP) erwähnte die BKW als billigen Stromproduzenten und den dadurch entstehenden Wettbewerbsnachteil für die Wirtschaft in Thun. Die Energie Thun ist beim Haushaltstarif günstiger als andere. Der Wettbewerbsvorteil ist somit dank der Energie Thun noch gewährleistet. Reto Schertenleib (SVP) erwähnte den kantonalen Förderfonds. Der kantonale Förderfonds wurde aber mit einem Volksvorschlag abgelehnt. Somit werden keine kantonalen Abgaben dazu kommen. Er erwähnt das Problem der unrentablen Wasserkraft. Es handelt sich hierbei um den offenen Strommarkt und um europäische Preise. Die Preise sind nicht gesunken auf Grund der Zunahme von Solarstrom um 5% in Deutschland, sondern weil in Italien und Deutschland Kohlekraftwerke extrem ausgebaut und stark subventioniert werden. Das Problem ist, dass alle Kraftwerkstypen, ausser der Wasserkraft, subventioniert werden. Der Energiefonds ist keine Bestrafung oder Fehlkonstruktion sondern eine Chance für die Region. Die Abgaben müssen auf Grund des freien Marktes auf der Netzabgabe erfolgen. Aus diesem Grund erfolgen die Abgaben für alle Konsumenten, egal welche Energieform bezogen wird. Er unterstützt den Energiefonds und wird dem Überkommunalen Richtplan zustimmen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, wünscht eine geheime Abstimmung.

Der Stadtratspräsident, erklärt, dass für eine geheime Abstimmung mindestens 10 Stimmen notwendig sind.

Der Rat stimmt mit 12 Stimmen einer geheimen Abstimmung zu.

Josi Christian, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass zuerst über den Antrag diskutiert wird und es erst danach eine Abstimmung über den Antrag, auch bei einem Ordnungsantrag, durchgeführt wird. Die Situation ist komisch. Der Antrag wird erst am Schluss gestellt, es wird abgewartet, keine Begründung geliefert und es kommt gleich zu einer Abstimmung. Er bedenkt den begründungslosen Antrag. Es müsste eine Diskussion geführt und die Abstimmung anschliessend wiederholt werden.

Der Stadtratspräsident erklärt, dass auch bei einer Interpellation keine Begründung für eine Diskussion notwendig ist. In diesem Fall werden nur 10 Stimmen benötigt. Die geheime Abstimmung ist festgelegt.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, geniert sich. Dieses Vorgehen ist ein Trauerspiel. Stadtrat Thomas Hiltbold (Fraktion Grüne) wirft undemokratisches Verhalten vor und dass einige Ratsmitglieder von Verbänden gesteuert würden; gleichzeitig hat er den Mut nicht, hier seine Meinung offen darzulegen. Die Meinung der FDP-Fraktion ist klar. Der Antrag wird abgelehnt.

Der Stadtratspräsident bittet, die Emotionen zu zügeln.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth richtet zuerst das Wort an die Gäste. Die heutige Lebendigkeit im Stadtrat ist eine Seltenheit. Sie bedankt sich dafür bei allen Ratsmitgliedern. Genau so stellt sie sich Politik vor. Das ist Demokratie, und alle werden das gefällte Resultat akzeptieren. Anschliessend können trotzdem alle gemeinsam ein Apéro und Nachtessen geniessen. Das ist ein Teil der schweizerischen Kultur und Politik. Die Diskussion hat gezeigt, dass das Geschäft eine grosse Bedeutung hat. Und diese Bedeutung wird immer noch als sehr gross empfunden, und weitere Gedanken werden zum vorliegenden Reglement gemacht.

Der Rat lehnt mit 17 zu 21 Stimmen, folgenden Antrag ab:

1. Genehmigung des Reglements Überkommunalen Förderfonds Energie (RÜFE).
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Die folgenden drei parlamentarischen Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:
 - P 8/2009: Postulat betreffend Lancierung eines Projektes zur Förderung erneuerbarer Energien, Fraktion Grüne vom 25. Juni 2009
 - M 3/2012: Motion betreffend KEV Überbrückung für erneuerbare Stromproduktion in Thun, Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2012 (umgewandelt und als Postulat angenommen)
 - P 5/2013: Postulat betreffend Förderbeiträge für die Neuinstallation von LED Lampen; BDP-Fraktion und Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2013
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

77. Erneuerung der Vereinbarung mit der Thunerseespiele AG für die Jahre 2014 bis 2016

Genehmigung einer jährlich wiederkehrenden Ausgabe von CHF 150'000 inkl. MWST (Barbeitrag und Dienstleistungen) für die Jahre 2014 bis 2016

Bericht des Gemeinderates Nr. 23/2013

Stadtpräsident Raphael Lanz weist auf das leuchtende Projekt der Thunerseespiele mit regionaler und nationaler Bedeutung hin. Es ist ein Leuchtturm-Anlass in Thun. Er fordert den Rat dazu auf, die Vereinbarung zu verlängern. Es ist einmaliges Projekt mit grosser Wertschöpfung für die Stadt Thun und die gesamte Region.

Martin Allemann, **SAKO P+F**, weist auf die beträchtliche Wertschöpfung durch die hohen Besucherzahlen der Thunerseespiele für die Region und die Stadt Thun hin. Diese Wertschöpfung braucht die Stadt und ist um einiges höher als der Geldbetrag der Stadt. Es ist nirgends anders möglich, bei einer solchen Aussicht ein Musical von dieser Qualität zu geniessen. Der notwendige Beitrag der Stadt Thun wird von der SAKO P+F unbestritten unterstützt und sie stimmt der Verlängerung einstimmig zu.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, stimmt der Vorlage zu. Die Stadt kann nicht nur Nutzniesserin des Musicals sein, sondern muss auch einen Beitrag dazu leisten. Die Fraktion sagt geschlossen Ja zum Beitrag an die Thunerseespiele.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, begrüsst die Weiterführung der bestehenden Vereinbarungen mit der Thunerseespiele AG. Der Event hat eine grosse kulturelle und touristische Bedeutung. Dazu kommt eine relevante wirtschaftliche Wertschöpfung für die Region hinzu. Trotz der einstimmigen Unterstützung der

FDP-Fraktion bleiben zwei Fragen offen. Die Frage stellt sich, ob der Gemeinderat Einsicht in die Finanzen der Thunerseespiele AG hat oder ob mit dem Geld der Thuner Steuerzahlerinnen und -zahler eine wirtschaftliche Blackbox finanziert wird. Weiter fragt er sich, nach welchen Kriterien der Gemeinderat und die städtischen Kulturverantwortlichen über die Vergabe von Unterstützungsbeiträgen für Kultur entscheiden. Die Fraktion bedankt sich bei den Verantwortlichen der Thunerseespiele AG für das jahrelange und eindruckliche Engagement. Der Antrag wird einstimmig unterstützt. Die Unterstützung sollte aber in einer offenen und transparenten Rechnungslegung und Informationspolitik gegenüber den Mitfinanzierenden Partnern verlaufen.

Sandra Ryser-Liebi, **SVP-Fraktion**, steht unbestritten hinter den Thunerseespielen. Sie hofft auf viele weitere interessante Musicals in Thun. Es gibt hohe Besucherzahlen und Wertschöpfung für die Hotels in der Region. Es gibt eine regionale wie auch eine nationale Ausstrahlung. Die Fraktion stimmt Ja zum Antrag.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, weist auf die nationale Ausstrahlung der Thuner Seespiele und Künstlerbörse hin. Seit dem Jahr 2003 besuchen im Durchschnitt 75'000 Besucher jährlich während 28 Spieltagen den Anlass. Die positive Ausstrahlung, der volkswirtschaftliche Nutzen mit Hotelübernachtungen, die 1'000 Stellenprozent, die 400 Angestellten und die Möglichkeiten für die Zulieferer des Caterings, rechtfertigen den jährlichen Zuschuss von 150'000 Franken. Sie erwähnt aber auch die Spaziergänger und Anwohner, die den Abbau der Bühne nach 28 Spieltagen begrüßen. Die Standortbewilligung liegt für die kommenden Jahre vor. Die Fraktion sieht keinen Grund den jährlichen Unterstützungsbeitrag nicht gutzuheissen.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, bestätigt, dass es ein wichtiger kultureller Anlass ist. Die Thunerseespiele haben eine grosse Ausstrahlung und erbringen eine grosse Wertschöpfung für die Region. Die Vereinbarung wird einstimmig unterstützt.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Auch die grössten Innovationen benötigen Fördergelder und Unterstützung, was bei den Seespielen nicht anders ist. Es ist das beste Stadtmarketing, das Thun hat. Die Thunerseespiele haben eine Schweiz weite Ausstrahlung. Der Antrag wird unterstützt.

Stadtpräsident Raphael Lanz beantwortet die gestellte Frage bezüglich der Kriterien. Es gibt nicht viele Anlässe in Thun in derselben Grössenordnung. Ein weiterer Anlass in diesem Rahmen ist die schweizerische Künstlerbörse. Die Kriterien für einen Anlass wie die Thunerseespiele wurden soeben in der Diskussion erwähnt. Dazu gehören die Einmaligkeit, Ausstrahlung, Wertschöpfung und so weiter. Der Anlass und die Unterstützung sind sehr gerechtfertigt. Die Einsicht in die Finanzen der Thunerseespiele AG wurde erwähnt. Es besteht ein sehr enger und offener Kontakt mit der Geschäftsführung und den Verantwortlichen der Seespiele. Die Thunerseespiele AG ist ein privates Unternehmen. Es gehört nicht zu den Aufgaben der Stadt, die Finanzen einer privaten Unternehmung publik zu machen oder zu kommentieren. Es besteht ein gewisses Spannungsfeld. Er ist zuversichtlich, dass die Thunerseespiele auch in Zukunft sehr erfolgreich sein werden. Grund dafür ist die Einmaligkeit des angebotenen Produktes. Das sind sehr gute wirtschaftliche Voraussetzungen, auch wenn die Rahmenbedingungen nicht immer einfach sind. Er bedankt sich bei den Verantwortlichen für das grosse Engagement.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 lit. b der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 22. November 2013, beschliesst:

1. Genehmigung einer jährlich wiederkehrenden Ausgabe von CHF 150'000 inkl. MWST (Barbeitrag CHF 90'000 und Dienstleistungen CHF 60'000) zu Lasten der Laufenden Rechnung für die Jahre 2014 bis 2016.
2. Die entsprechenden Beträge sind in die jährlichen Voranschläge der Jahre 2014 bis 2016 bei der Produktgruppe Öffentliche Sicherheit (Anlässe) aufzunehmen.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

78. MUR-Halle, vorzeitiger Heimfall des Baurechts

Vorzeitiger Heimfall des Baurechts der Mehrzweckhalle Unihockey und Rollhockey (MUR-Halle) / Überführung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen; Genehmigung eines Verpflichtungskredits von insgesamt CHF 584'000

Bericht des Gemeinderates Nr. 25/2013

Gemeinderat Roman Gimmel, erläutert mögliche Alternativen anstelle eines vorzeitigen Heimfalles der MUR-Halle. Die Alternative 1 ist, die MUR-Halle zum Verkauf anzubieten. Das Gegenargument dazu ist, dass kein Markt dafür besteht. Das Kaufinteresse für eine Mehrzweckhalle für die Sportarten Unihockey und Rollhockey sind gering. Bei einem allfälligen Verkauf, muss mit einer Umnutzung der Halle (beispielsweise Autoausstellung, Eventhalle, etc.) gerechnet werden. Dadurch würden die Trainingsplätze für Unihockey und Rollhockey in Thun fehlen. Die Alternative 2 ist die Konkursanmeldung. Dabei muss aber an die Bürgschaft der Stadt Thun gedacht werden. Die Alternativen gegenüber einem vorzeitigen Heimfall der MUR-Halle sind somit gering. Der Gemeinderat favorisiert klar die vorgeschlagene Variante. In Zukunft muss eine optimierte Tagesauslastung mit beispielsweise dem Schulsport, Drittnutzer wie Tanzen, Veranstaltungen und Events angestrebt werden. Es bestehen mehrere Möglichkeiten, wie mit der vorliegenden Situation umgegangen wird. Bei einer Rückweisung des Geschäftes ist es wichtig, konkrete und präzise Argumente zu nennen. Nur bei konstruktiver Kritik und einer Begründung für eine Ablehnung kann der Gemeinderat die Vorlage neu bearbeiten. Es wäre übertrieben zu behaupten, dass die Stadt die Gelegenheit hat, eine kostengünstige Turnhalle zu erwerben. Dennoch darf bemerkt werden, dass der 2003 geschätzte Wert der Gebäudeversicherung bei 2.88 Mio. Franken liegt.

Suzanne Albrecht Wyss, **SAKO B+L**, hat die MUR-Halle besichtigt und alle Fragen konnten von den Fachleuten ausführlich beantwortet werden. Die Genossenschaft der MUR-Halle hat zu wenig aktive Mitglieder. Aus diesem Grund ist es, nach dem Austritt des Militärs, nicht gelungen, andere Nutzer für eine bessere Tagesauslastung zu finden. Die Halle ist in einem guten Zustand und benötigt zurzeit keine weiteren Investitionen. In der Halle trainieren momentan 18 Mannschaften aus zwei unterschiedlichen Verbänden, Unihockey und Rollhockey. Die Halle ist am Abend und an den Wochenenden ausgebucht, tagsüber ist die Halle frei. Die SAKO hat die zwei erwähnten Alternativen Verkauf und Insolvenzanmeldung diskutiert. Weiter hat die SAKO den Standort für einen Feuerwehrstützpunkt diskutiert. Das Areal ist dafür aber eindeutig zu klein. Durch den vorzeitigen Heimfall der MUR-Halle geht das investierte Geld der Stadt Thun nicht verloren und die Trainingsmöglichkeiten der beiden Vereine bleiben bestehen. Eine bessere Auslastung der Halle, vor allem tagsüber, ist möglich und anstrebenswert. Die SAKO stimmt der Vorlage mit 5 zu 1 Stimmen, bei einer Enthaltung zu.

Suzanne Albrecht Wyss, **Fraktion Grüne**, stimmt, auf Grund von Überlegungen bezüglich Sportförderung von Jugendlichen, Finanzen und möglichen Alternativen, der Vorlage einstimmig zu. Die Fraktion hofft aber, dass solche vorzeitige Heimfälle nicht zur Tagesordnung werden.

Peter Stutz, **SAKO BiSK**, erwähnt die Betriebskosten, die sich bei einem frühzeitigen Heimfall der MUR-Halle verdoppeln. Der Betrieb wird nicht durch die Vereine weitergeführt, da ehrenamtlichen Mitarbeiter fehlen. Die Finanzierung war immer etwas knapp und das Projekt hat auf ehrenamtlichen Mitarbeitern basiert. Das ist heute nicht mehr möglich. Ein Projekt wie die MUR-Halle muss heute anders organisiert werden. Die Einnahmen durch Sponsoring und Werbung haben sich stark verringert. Heute werden die Vereine, aber nicht eine Halle gesponsert. Die Sponsoring-Einnahmen von 12'000 Franken gehen vollumfänglich an beide Vereine. Dafür wird die jährliche Hallenmiete erhöht. Die Restaurantführung und das Hauswarsamt haben von freiwilligen Vereinsmitgliedern profitiert. In Zukunft wird das nicht mehr möglich sein. Aus diesem Grund werden die Betriebskosten verdoppelt. Die SAKO hat sich Gedanken bezüglich einer besseren Ausnutzung gemacht. Der Schulsport, der die Auslastung tagsüber verbessern könnte, bringt kein zusätzliches Geld. Firmensport würde hier eine weitere Option darstellen. Eine Nutzung für Veranstaltungen wie Musik und Party ist von der Stadt nicht erwünscht und geplant. Die Nutzung wird vorzugsweise auf den Sport beschränkt. Eine weitere Nutzung wäre aber für die Stadtfinanzen sinnvoll. Er weist darauf hin, dass das Hallendach aus dem Selveareal stammt und nicht isolierbar ist. Die SAKO hat keine bessere Lösung gefunden und stimmt aus diesem Grund der Vorlage einstimmig, bei einer Enthaltung und zwei Abwesenden, zu.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, erwähnt, dass der Verwaltungsrat und beide Sportvereine, SC Thunerstern und UHC Thun alles versucht haben, um die jetzige finanzielle Situation zu verhindern. Viel Herzblut von Seiten der Vereine ist spürbar. Die Bausubstanz der Halle macht einen guten Eindruck und am Abend wird die Halle intensiv genutzt. Auf Grund der finanziellen Lage können die beiden Vereine die MUR-Halle nicht mehr halten. Es steht nicht zur Diskussion, den Hallen- und den Trainingsbetrieb für beide Vereine unbedingt weiterzuführen. Die Stadt Thun muss einen Beitrag dazu leisten. Ein Konkurs ist für die Fraktion keine Option und muss unter allen Umständen verhindert werden. Es gibt keine Alternativmöglichkeiten. Der Stadtrat stimmt dem Geschäft zu oder die Genossenschaft muss Insolvenz anmelden. Die FDP-Fraktion stellt aus diesem Grund einen Rückweisungsantrag. Er bittet den Gemeinderat um Unterbreitung eines neuen Berichts, damit im 1. Quartal 2014 abschliessend beschlossen werden kann. Die offenen Punkte sind ein Betriebs- und Nutzungskonzept sowie eine verbindliche Definition der Trägerschaft bzw. erweiterten Trägerschaft. Die Rückzahlung des Investitionshilfedarlehens soll bis zum definitiven Beschluss durch den Stadtrat ausgesetzt werden. In den vorberatenden Kommissionen wurde unterschiedlich kommuniziert: In der SAKO BISK war nur von Sportnutzung die Rede, in der SAKO B+L hingegen auch von anderen denkbaren Anlässen. Die FDP-Fraktion unterstützt neben der Nutzung durch den Sport auch eine alternative Nutzung.

Susanna Ernst-Reusser, **BDP-Fraktion**, nimmt keine Stellung zum Rückweisungsantrag. Der Heimfall der MUR-Halle wurde für das Jahr 2014 angekündigt. Im Bericht wird der Heimfall erwähnt, es werden aber keine Angaben zum Zeitpunkt gemacht. Das ABS hat im Jahr 2014 dem Amt für Stadtliegenschaften den Auftrag zu einer Überprüfung der MUR-Halle gegeben. Durch den Drittbenutzer Armee und weiteren Gewerbeeinnahmen konnte die MUR-Halle geführt werden. Die Stadt Thun war seit Beginn, mit mehreren Investitionsbeiträgen von 1999 bis 2008 und jährlichen Betriebsbeiträgen, finanziell beteiligt. Die Stadt Thun ist mit 65% Mehrheitsgenossenschafterin und hat auf Zinsen von 1'550 Franken verzichtet. Im Jahr 2003 ist die Armee als Dauermieterin ausgestiegen. Dadurch fehlen jährliche Einnahmen von 50'000 Franken. Dieser Betrag kann kaum durch Private oder weitere Geldgeber kompensiert werden. Nutzer für die freien Stunden am Tag sind schwierig zu finden. Die Halle ist am Abend bereits durch die beiden Vereine vollumfänglich ausgelastet. Die Aussage der SAKO BiSK bezüglich der ausschliesslichen Sportnutzung in der Halle wird nicht verstanden und unterstützt. Zurzeit wird die Halle ausschliesslich für sportliche Aktivitäten genutzt. Weitere Nutzungen durch den Schulsport, Events und Veranstaltungen ist denkbar und wird gewünscht. Durch den Schulsport können keine Mehreinnahmen generiert werden. Ein Sponsoring von einer Halle ist nicht mehr möglich. Heute werden Vereine durch das sogenannte Dress-Sponsoring unterstützt. Zudem gibt es personelle Probleme. Es ist schwierig, freiwillige Helfer zu finden. Die Chargen sind durch das Sportamt von Thun teilweise übernommen worden. Die BDP-Fraktion ist nicht gespalten, aber nicht alle stimmen dem Geschäft gleich euphorisch zu.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, möchte den Weiterbetrieb der MUR-Halle und der Vereine grundsätzlich nicht gefährden. Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich für eine Lösung bereit. Gefehlt hat das Lobbying der Vereine und der Direktbetroffenen. Die Vereine können viel profitieren und haben zu wenig Power und innovative Ideen gezeigt. Der Gemeinderat schlägt eine Maximalvariante vor. Die Stadt hat die Halle finanziell unterstützt, organisiert den Heimfall und möchte jetzt die Halle noch zu einem höheren Preis betreiben und weiterführen. Er stellt den hohen Betrag in Frage. Alternative Varianten wurden zu wenig geprüft. Die wenigen Alternativen müssen auf ein solides Fundament gestellt werden. Mit dem Rückweisungsantrag müssen Alternativen besser ausgearbeitet werden. Er zweifelt daran, dass kein Markt für die MUR-Halle besteht. Die Halle könnte zu einem sehr tiefen Preis verkauft werden. Ein neuer Markt kann auch generiert werden. Heute fehlen die jährlichen Einnahmen von 50'000 Franken durch die Vermietung der Halle an die Armee. Mit dem Heimfall werden aber wesentlich höhere Beträge anfallen. Eine mögliche Variante wäre eine finanzielle Unterstützung mit einem einmaligen Betrag oder mit jährlichen finanziellen Unterstützungen. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP-Fraktion einstimmig. Es geht um einen grossen Betrag. Der Entscheid muss mit Bedacht und Einfluss zugunsten der Vereine und Steuerzahler gefällt werden.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, ist Präsident von Sport Thun. Dazu gehören auch die betroffenen Vereine, SC Thunerstern und UHC Thun. Er vertritt auch ihre Interessen, aber nicht so explizit, dass er in den Ausstand treten müsste. Es geht um viel Geld. Aus diesem Grund erläutert er nochmals die Unterlagen. Die Anlage geht als Geschenk in das Eigentum der Stadt Thun über. Dazu müssen die Genossen-

schaften der MUR-Halle ebenfalls noch zustimmen. Es kommt zur Ablösung des IH-Darlehens. Diese Verpflichtung wird die Stadt übernehmen. Es wird Neuausgaben von 320'000 Franken geben in Form einer kreditrechtlichen Auflage. Es gibt eine Verschiebung vom Finanz- zum Verwaltungsvermögen. Es geht um einen Verpflichtungskredit von 264'000 Franken. Im Gegenzug erhält die Stadt Thun eine Halle als Geschenk. In den Unterlagen des Gemeinderates fehlen wichtige Ausführungen zum Kontext. Vor 2 bis 3 Wochen wurde der Heimfall der Lachenanlagen und der Eishalle Grabengut diskutiert. Der Vorgang ist vergleichsweise, das Eigentum wurde in die Stadt überführt. Es ist eine analoge Ausgangslage. Es braucht eine Unterstützung der Stadt und macht durchaus Sinn die Anlagen, die bereits jetzt von der Finanzierung der Stadt abhängig sind, in das Eigentum der Stadt zu überführen. Die Frage des Betriebes ist noch nicht geklärt. Ein Markt kann nicht geschaffen werden. Es ist schwierig Anlagen mit dieser Nutzung vollumfänglich kostendeckend zu führen. Es besteht jetzt die Möglichkeit, den Betrieb dieser Anlage in einem grösseren Kontext zu regeln. Es ist wichtig das Geschäft in einen grösseren Zusammenhang zu stellen. Er stellt den Antrag für einen kurzen Sitzungsunterbruch für eine Diskussion in der Fraktion.

Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, steht dem Geschäft sehr nahe und erläutert einige historische Hintergrundinformationen. Die Halle ist fast vor 20 Jahren mit ehrenamtlicher Überzeugung gegründet worden. Die MUR-Halle ist ein einmaliges Konstrukt für Unihockey UHC Thun und Rollhockey Thuner Stern. Die finanzielle Situation war durch Mitnutzung des Militärs sehr gut. Diese Situation hat sich verändert. Mit sehr viel Herzblut und Engagement wurden weitere Finanzierungsmöglichkeiten gesucht. Die beiden Vereine konnten einen Betrag von 135'000 Franken organisieren. Ein grosser Teil der Finanzierung ist durch den Denkmalschutz übernommen worden. Nach Alternativen ist leider erfolglos gesucht worden. Seit dem Bestehen der Halle ist jährlich ein Betrag von 38'000 Franken von beiden Vereinen generiert und fristgerecht Mitte Dezember überwiesen worden. Zudem haben beide Vereine je eine jährliche Miete von 22'000 Franken bezahlt. Die restliche Finanzierung konnte mit Sponsoring und Werbung realisiert werden. Die Stadt Thun hat die MUR-Halle zu Beginn mit einem Betrag von 6'000 Franken, nach dem Abtritt der Armee mit einem Betrag von 16'000 Franken unterstützt. Vor vier Jahren ist eine Bodensanierung durchgeführt worden. Jede Alternative wurde untersucht. Die beste Lösung ist der vorzeitige Heimfall der MUR-Halle. Es kann ein Betriebskonzept in Zusammenhang mit der Genossenschaft erstellt werden.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, bedankt sich beim Gemeinderat für den Bericht und den SAKOS für die geleistete Arbeit. Das Amt für Stadtliegenschaften hat die Schwierigkeiten bereits im Voraus erkannt. Aus diesem Grund legt der Gemeinderat den Vorschlag über einen frühzeitigen Heimfall der MUR-Halle vor. Es gibt grundsätzlich Alternativen. Die Genossenschaft würde Insolvenz anmelden, was schlussendlich bedeutend mehr Kosten verursachen würde. Bei einem Verkauf der Halle ist es fragwürdig ob die Vereine zu gleichen Bedingungen die Anlage weiter nutzen könnten. Die Hallenkapazität würde reduziert werden und die Trainingsmöglichkeiten für 18 Mannschaften müsste in anderen Hallen zur Verfügung gestellt werden. Es gibt keine Investoren in Thun, die eine Halle übernehmen möchten. Der Stadt Thun fehlt die Finanzkraft eine weitere Mehrfachsporthalle zu bauen. Zudem möchte die Stadt noch ein Hallenbad. Es gibt keine kostengünstigere Alternative.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, ist nicht grundsätzlich gegen die Tätigkeiten der Sportvereine, aber nicht um jeden Preis. Die Stadt will einen sehr hohen Betrag dafür bezahlen. Es braucht Innovationen und Engagement. Das fehlt hier. Er verweist auf Seite 2 der Unterlagen. Die Nettomehrkosten betragen 136'000 Franken. Störend sind die hohen Betriebskosten für die Stadt Thun. Die laufenden Betriebskosten sind für das Jahr 2013 auf 93'000 Franken budgetiert. Die Betriebskosten für die Stadt betragen 136'000 Franken. Die Vermietung an die beiden Sportvereine bringen eine Miete von rund 18'100 Franken und 14'000 Franken ein. Bisher haben die beiden Sportvereine 22'000 Franken für den Betrieb an die Genossenschaft bezahlt. Die Frage stellt sich, wo die Innovation geblieben ist. Die Betriebskosten würden zurzeit gedeckt werden. Das Liquidationsproblem liegt auf Grund der 38'000 Franken für Bern vor. Es stellt sich die Frage, welches die beste Lösung ist. Eine kostengünstigere Variante ist, die Kosten von 38'000 für Bern zu übernehmen und eventuell die Vereine zusätzlich finanziell zu unterstützen. Bevor die teuerste Lösung gewählt wird, sollten weitere Gedanken zu möglichen Alternativlösungen gemacht werden. Bei einer Rückweisung des Geschäftes, kann die Situation im Gesamtkontext betrachtet werden und billigere Lösungen können diskutiert werden.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, wendet sich an Stadtrat Christian Josi (SVP). Er hat eigentlich dieselbe Meinung, er hat aber die Botschaft zur Innovation nicht verstanden. Das vorgeschlagene Modell geht davon aus, dass das Amt für Bildung und Sport (ABS) die Halle betreibt. Die Situation kann aber genutzt werden um das Betreibermodell zu analysieren und zu diskutieren. Durch eine Zustimmung zum Heimfall können beide Projekte synchron behandelt und eine optimale Lösung bezüglich der Betreuung der verschiedenen Anlagen gesucht werden.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, weist auf die Nachteile der Rückweisung hin. Dadurch entstehen zusätzliche Kosten für die Stadt Thun.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, weist auf die unterschiedlichen Lösungsvarianten hin, die durchaus vorhanden sind. Wird das Geschäft angenommen, kann sich die Stadt nicht mehr aus der Verantwortung ziehen. Es besteht die Möglichkeit, die Vereine zu unterstützen und abzuwarten, wie sich die Situation weiterentwickelt.

Gemeinderätin Ursula Haller Vannini, hat bewusst am Anfang keine Stellung zum Geschäft genommen. Im Geschäft sind die Direktionen Bau und Liegenschaften wie auch die Direktion Bildung Sport Kultur beteiligt. Sie fordert den Stadtrat auf, dem vorliegenden Geschäft zuzustimmen und den Rückweisungsantrag abzulehnen. Juristische und baurechtliche Argumente sind bereits erläutert worden. Sie legt vor allem die sportpolitischen Argumente vor. Es gibt Fördergelder für Kultur und Energie. Es braucht aber auch Fördergelder für Sport. Das ist eine Investition für die Jugend. Viel Geld wurde in den Sport investiert, 3.6 Mio. Franken für zusätzliche Rasenspielfelder, viele Millionen Franken werden ins Strandbad Thun investiert. Weiteres Geld ist im Lachenstadion für Handball und auch für die Eisanlage investiert worden. In der MUR-Halle trainieren 18 Mannschaften Spitzen- wie auch Breitensport. Die beiden Sportarten Unihockey und Rollhockey sind nicht ganz so populär wie andere Sportarten, brauchen aber die Unterstützung der Stadt Thun genauso. Das Eigentumsverhältnis und die Betreibermodelle müssen geregelt werden. Diese Gedanken werden gemacht, dazu braucht es den Rückweisungsantrag nicht. Es gibt keine Alternativen in dieser Situation. Mit der Armee als Partnerin waren die Auslastung der Halle und die finanzielle Situation sehr gut. Mit dem Rückzug der Armee sind die finanziellen Probleme entstanden. Das Gespräch mit der Armee ist am Laufen bezüglich einer Mitbenutzung der Armeesportanlagen für Vereine von Thun. Der vorzeitige Heimfall der MUR-Halle ist die einzige Lösung. Investoren für einen Kauf der Halle mit guten Konditionen für die Sportvereine zu finden, ist eine Illusion. Das Geschäft kostet mehr Geld. Der Mehrbedarf von 64'000 Franken wird intern kompensiert. Es ist eine sehr gute Investition in den Sport und in die Jugend. Weiteres Sponsoring und Werbung ist in der Vergangenheit intensiv gesucht worden. Auch in Zukunft wird nach einer verbesserten Hallenausnutzung, vor allem tagsüber, gesucht. Möglichkeiten bestehen im Schulsport, Seniorensport etc. wie aber auch in Veranstaltungen und Events. Es bleibt aber primär eine Sportanlage mit einer Nutzung im Sportbereich.

Sitzungsunterbruch von 2 Minuten.

Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion mit 21 zu 14 Stimmen zurück.

Der Rat genehmigt mit 25 zu 0 Stimmen, bei 12 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 lit. a der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. November 2013, beschliesst:

1. Unter Vorbehalt der Zustimmung der Genossenschaft MUR Thun zum vorzeitigen Heimfall Baurecht MUR-Halle: Zustimmung zum vorzeitigen Heimfall des Baurechts der MUR-Halle an die Stadt Thun rückwirkend auf den 1. Januar 2014 zu den Konditionen, wie sie im vorliegenden Bericht dargestellt sind.
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 264'000 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 503/2212.062.0 (Bestandesrechnungs-Konto Nr. 1143.20.01) für den Kauf der MUR-Halle (vorzeitiger Heimfall Baurecht, Rückzahlung IH-Darlehen).
3. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 320'000 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 503/2212.064.0 (Bestandesrechnungs-Konto Nr. 1143.20.01) für

die Widmung der Landparzelle Gbbl. Nr. 187 Thun mit dem Baurecht Nr. 4676 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen.

4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses, insbesondere dem Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung, beauftragt.

79. Fragestunde

Schori Franz (SP) vom 10. Dezember 2013; Beantwortung

Die Frage F8/2013 betreffend Bahnhofbuffet wie weiter wurde vom Gemeinderat schriftlich beantwortet und liegt auf.

Schori Franz (SP), de Meuron Andrea (Grüne) vom 10. Dezember 2013; Beantwortung

Die Frage F9/2013 betreffend Zwischennutzung des Areals Schadaugärtnerei wurde vom Gemeinderat schriftlich beantwortet und liegt auf.

Mitteilungen

Stadtratspräsident Peter Aegerter hält seine Abschiedsrede. Das Beste an der Zukunft ist, dass sie uns immer an einem Tag nach dem anderen serviert wird. Mit diesem Zitat von Abraham Lincoln hat er seine Antrittsrede im vergangenen Januar begonnen. Er hat den Rat aufgefordert an der Zukunft mitzuarbeiten und mitzugestalten. Im vergangenen Jahr hat der Thuner Stadtrat wichtige Entscheide für eine gute und positive Gestaltung der Zukunft von Thun gefällt. Beispiele dafür sind die Jugendmotion, Schadaugärtnerei, Perron NKK, Weststrasse Süd oder das neue Taxireglement. Wichtige Kredite für das Weiterbestehen oder die Realisierung von primär kulturellen Projekten wurden gesprochen. Dazu gehören die 750-Jahr-Feiern im kommenden Jahr, das Schlossmuseum und das KKThun. Das Zitat: "Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen" von Antoine de Saint-Exupéry ist ein gutes Motto für alle Mitglieder der Thuner Stadtbehörde. Er blickt auf ein sehr interessantes und spannendes Präsidialjahr zurück. So konnte er an vielen Anlässen teilnehmen. Hinter vielen dieser Anlässe stehen Organisationen, die ehrenamtliche und freiwillige Arbeit leisten und die eine grosse Wertschätzung auch durch den höchsten Thuner verdienen. Aus diesem Grund besuchte er die Kadetten im Sommer im Sportlager in Tenero und gratuliert allen Beteiligten, die Anlässe in dieser Form ermöglichen. Er erinnert sich an die Sitzung in Goldiwil. Und er entschuldigt sich dafür, dass seine Meinung teilweise, bezüglich Voten, in seinem Gesichtsausdruck zu lesen war. Es ist aber immer wieder faszinierend, einem Votum, das mit viel Sachverstand, Recherche und viel Herzblut vorgetragen wird, zuzuhören. Er durfte feststellen, dass der Rat sehr belastbar ist. Er bedankt sich beim Rat für das disziplinierte Verhalten. Es wird zugehört, wenn Ratsmitglieder sprechen. Und er dankt für das Engagement zugunsten dieser herrlichen Stadt. Der gute Ratsbetrieb ist der Verdienst aller Ratsmitglieder. Er bedankt sich beim Gemeinderat für die sehr umfassende und professionelle Vorbereitung der Geschäfte. Kritische Bemerkungen und Diskussionen gehören zum politischen Alltag. Er bedankt sich bei Remo Berlinger, Ratssekretär und Vizestadtschreiber, für die Unterstützung mit Rat und Tat. Es ist bedauerlich, dass dieses Amtsjahr bereits vorbei ist. Er wünscht, dass der Rat weiterhin die Verantwortung für eine gute und erfolgreiche Thuner Zukunft wahrnimmt. Er bedankt sich bei seiner Ehefrau und überreicht ihr einen Blumenstrauß. Er wünscht allen frohe Festtage und alles Gute für das neue Jahr.

Verschiebung

Die nicht behandelten Traktanden werden auf die nächste Sitzung verschoben:

Postulat P 8/2013 betreffend einer gemeinderätlichen Strategie, Mehreinnahmen ohne Steuererhöhung generieren

FDP-Fraktion vom 28. Juni 2013; Beantwortung

Interpellation I 10/2013 betreffend „Mehr Strämu und Schwäber für alle“

Buchs Christine (FDP), de Meuron Andrea (Grüne), Schori Franz (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2013; Beantwortung

Interpellation I 9/2013 betreffend Sicherheit in der Stadt Thun

BDP-Fraktion vom 28. Juni 2013; Beantwortung

Eingänge

Interpellation betreffend Entzug der demokratischen Kontrolle durch Neugestaltung der Stiftung WIA (Wohnen im Alter); Alice Kropf (SP) und MU

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Peter Aegerter

Remo Berlinger